

Grosser Gemeinderat

Worb, 13. September 2022

412. Sitzungsprotokoll

Termin Montag, 12. September 2022, 19:30 Uhr

Sitzungsende 21:15 Uhr

Ort Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal

Leitung Suter Michael (FDP), Präsident

1. Vizepräsidentin Jost-Pfister Catarina (GLP)

2. Vizepräsident Federer Guido (SP)

1. Stimmzähler Zingg Stephan (SVP)

2. Stimmzähler Marchand Andy (FDP)

Mitglieder Cetin Christopher (EVP)
Cetin Mayk (EVP)
Moser-Utiger Silvia (EVP)
Moser Titus (EVP)

Christensen Sven (FDP)
Hager Rolf (FDP)
Lanfranconi Elena (FDP)
Schmidhalter Norbert (FDP)
Schweizer Hans Peter (FDP)
Stucki Daniel (FDP)

Bützberger Ernst (Mitte)
Gfeller Janick (Mitte)
Jorio Marco (GLP)
Zwyer Lukas (Mitte)

Aebersold Daniel (SVP)
Bigler Markus (SVP)
Fivian Bruno (SVP)
Kohli Stephan (SVP)
Reber Markus (SVP)
Steinmann Hans Ulrich (SVP)
Stucki Simon (SVP)

Dürst Iris (SP)
Flentje Burkhard Sibylle (Grüne)
Gerber-Maillefer Myriam (Grüne)
Heil Günter (Grüne)
Hodler Adrian (SP)
Marthaler Matthias (SP)
Maurer Rolf (SP)
Mosimann Heidi (Grüne)

Abwesend Bircher Andreas (SP)
Günther Paula (Grüne)
Von Arx Roland (Grüne)

Wirth Alfred (SP)
Wyss Eduard (Mitte)
Zürcher Deborah (parteilos)

| | |
|--------------------|--|
| Gemeinderat | Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno |
| Abwesend | Kölliker Lenka |
| Abteilungsleitende | Geser Nicole, Leiterin der Polizeiabteilung (bis 21.10 Uhr; Geschäft Nr. 8) Reusser Christian, Gemeindeschreiber |
| Sekretariat | Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter |
| Protokoll | Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter |

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 2022: Genehmigung
3. 10/1/1 Aufsichtskommission
Aufsichtskommission: Ersatzwahl
4. 31/62 Ortsmarketing
"Standortmarketing – quo vadis?", Interpellation von Hodler Adrian und Marthaler Matthias: Stellungnahme
5. 32/4/0 Sportanlagen
"Pump Track als sozialer Treffpunkt für die Bevölkerung der Gemeinde Worb", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
6. 56/13/0 Verkehrssicherheit
"Mehr Sicherheit für Fussgänger auf der Bahnhofstrasse!", Volksmotion des Motions-Komitees: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
7. 33/10 Werkhof-Fahrzeuge, -Geräte, -Material
Kommunalfahrzeuge Meili VM 3500 I (2009), Ersatzbeschaffung; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
8. 33/42 Wasserversorgungsnetze
Abwasserentsorgung, Leitungsvergrösserung in der Bahnhofstrasse; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
9. 33/42 Wasserversorgungsnetze
Wasserversorgung, Netzersatz und Erweiterung im Rahmen der Verkehrssanierung Worb; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme
10. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Ratspräsident Suter Michael: Bis heute Mittag sind drei als dringlich bezeichnete Vorstösse eingegangen. Ein Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangel-lage", eine überparteiliche Interpellation der SVP- und FDP-Fraktion mit dem Titel "Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeuges" und eine Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Energiemangellage: Was unternimmt der Gemeinderat?". Gemäss Art. 53 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates vom 13. November 2000 werden die als dringlich bezeichneten Vorstösse dem GGR zu Beginn der Sitzung zur Entscheidung über die Dringlicherklärung vorgelegt. Die Urheberinnen und Urheber, jedoch nur eine Person pro Vorstoss, begründen die Dringlichkeit an der Sitzung kurz. Sofern der Rat die Dringlichkeit bejaht, werden die so bezeichneten Vorstösse für die nächste Sitzung traktandiert. Die Beantwortung kann auch mündlich erfolgen.

Dringliches Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage"

Federer Guido, SP+Grüne: Damit ich danach bei den Mitteilungen nicht nochmals nach vorne kommen muss, möchte ich noch darauf hinweisen, dass bei uns nicht nur Iris Dürst neu ist, sondern auch noch Heidi Mosimann und Rolf Maurer. Wir sind also in jungerfrische verstärkt worden und heissen die drei herzlich willkommen. Vor zwei Jahren hat man an der Strombörse pro kwh ungefähr 5 Rappen bezahlt, heute sind es teilweise 10- bis 20-mal so viel. Dafür gibt es mehrere Gründe. Von 56 französischen AKW sind mehr als die Hälfte nicht im Betrieb und es ist nicht klar, wann diese wieder ans Netz gehen. Der russische Lieferstopp für Gas wirkt sich auch auf die Stromproduktion in Deutschland aus. Weil dort sehr viel Gas verstromt wird, das heisst, es wird Strom mit Gas produziert. Zudem sind die Schweizer Speicherseen aufgrund des trockenen Sommers nicht so voll wie in anderen Jahren. Ob man in diesem Winter wirklich ein Versorgungsproblem haben wird, lässt sich im Moment nicht wirklich sagen. Das hängt von verschiedenen Faktoren ab. Zu nennen ist sicher die Winter-temperatur oder auch wie es mit der Gasversorgung weitergeht. Wenn aber im Januar klar wird, dass es nicht reicht, ist es zu spät. Das wirksamste Mittel ist Energiesparen, und zwar möglichst bereits ab jetzt. Weil Zusatzproduktion generieren oder neue Anlage schaffen nur in sehr beschränktem Masse möglich ist. Energiesparen hilft die vorhandene Energiereserven, insbesondere die Speicherseen, für den Winter zu schonen. Deswegen möchten wir den Gemeinderat mit einem dringlichen Postulat bitten, sobald als möglich kurzfristig umsetzbare Energiesparmassnahmen zur Reduktion, insbesondere vom Stromverbrauch in den gemeindeeigenen Liegenschaften und Betrieben zur prüfen und umzusetzen. Deswegen bitten wir euch, die Dringlichkeit zu bejahen und dem zuzustimmen.

Hauser Adrian, Departementsvorsteher Umwelt: Danke Guido für deine Ausführungen. Ich kann dem eigentlich nur zustimmen. Du hast natürlich vollkommen Recht und ich oder der Gemeinderat hat auch nichts gegen diese Dringlichkeit. Dem Gemeinderat war immer wichtig, umsetzbare Energiesparmassnahmen wo immer möglich umzusetzen und wir haben in den letzten Jahren auch viel umgesetzt. Gerade heute hatte ich ein Gespräch mit dem Energiestadtberater, also mit dem Auditor, da unser Zertifikat für die nächsten vier Jahre verlängert wird. Dort haben wir gesehen, was wir in den letzten vier Jahren bereits erreicht haben. Wir werden ein sehr gutes Resultat erreichen. Was wir vor vier Jahren nicht gedacht haben. Aber jetzt warum der Dringlichkeit zustimmen? Natürlich ist auch dem Gemeinderat die drohende Mangellage bewusst. Wir haben vom schweizerischen Städteverband eine Liste bekommen, was Gemeinden alles einsparen könnten. Wir haben diese Liste im Gemeinderat gesichtet und das Departement Umwelt hat den Auftrag erhalten eine Botschaft an den Gemeinderat vorzulegen. Die Botschaft mit rund 15 Sparmassnahmen, die man sofort umsetzen kann, ist fertig und ich werde sie nächsten Montag in der Gemeinderatsitzung dem Gemeinderat vorlegen. Ich möchte jetzt da nicht weiter ins Detail gehen, da der Gemeinderat die Liste auch noch nicht gesehen hat. Darum kann ich sagen, dass man dieser Dringlichkeit zustimmen kann.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage" wird einstimmig als dringlich erklärt.

Dringliche überparteiliche Interpellation der SVP- und FDP-Fraktion mit dem Titel "Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeuges"

Fivian Bruno, SVP: Ihr habt die Interpellation von uns gesehen. Es geht hier um ein Kommunalfahrzeug. Wie ihr gesehen habt, wünschen wir uns Informationen über die Beschaffung eines Kommunalfahrzeuges. Die Gemeinde Worb hat am 8. Juni auf SIMAP, das ist ein Informationssystem über öffentliche Ausschreibungen, ein Fahrzeug zur Offertstellung ausgeschrieben. Dies hat bei uns einige Fragen aufgeworfen. Diese Fragen wollen wir gerne bereits im Vorfeld dieses Beschaffungsverfahrens beantwortet haben. Warum muss unsere Interpellation dringlich sein? Es ist eigentlich ganz einfach. In der Ausschreibung ist im Terminprogramm im November 2022 die Unterzeichnung des Vertrages vorgesehen. Wenn wir also mit dieser Dringlicherklärung scheitern sollten, kann es sein, dass unsere Fragen möglicherweise erst beantwortet werden, wenn der Vertrag bereits unterschrieben ist. Ich bitte euch, aus diesem Grund dieser Dringlichkeit zuzustimmen.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Ich äussere hier kurz die Meinung des Gemeinderates betreffend der Dringlichkeit des Kommunalfahrzeuges und der Fragen der SVP und der FDP. Wir hatten das Geschäft letzten Montag im Gemeinderat traktandiert und der Gemeinderat hat das Geschäft wieder an das Departement Bau zurückgewiesen, mit dem Auftrag die ganze Ausschreibung neu zu überarbeiten, damit man schauen kann, warum sich auf die Ausschreibung auf SIMAP, wie Bruno bereits erwähnt hat, nur ein Bewerber gemeldet hat. Es muss dafür sicher Gründe haben. Man muss die Ausschreibung nochmals überprüfen. Und das alles ist der Auftrag, der zurückgegangen ist an die Bauverwaltung. Es ist so, dass das Geschäft rasch überarbeitet werden muss und dass es von uns aus gesehen möglichst rasch wieder zurück in den Gemeinderat kommt. Ich hoffe, dass es dort ein ganz anderes Bild gibt als nur ein einzigen Bewerber, welcher das Fahrzeug liefern will. Es ist so, dass das ganze Verfahren, wie es jetzt aufgegleist war, mit der Ausschreibung bevor hier überhaupt ein Kredit genehmigt wurde, zur Folge hat, dass man ein Vorvertrag gemacht hat. Aber mit Vorbehalt das der Grosse Gemeinderat den Kredit genehmigen muss. Jetzt ist es so, dass das Geschäft schon im Gemeinderat zurückgewiesen wurde. Das hat zur Folge, dass wir bei dem Vorvertrag gegenüber der Mercedes-Benz Automobile einen Verfahrensabbruch machen müssen. Dieses Schreiben geht heute so schnell wie möglich auf die Post, damit das ganze Verfahren sistiert wird. Dies muss rechtlich so gemacht werden. Es ist also so, das Geschäft wird neu aufgegleist und kommt so rasch wie möglich wieder in den Gemeinderat. Die Fragen, welche von der SVP und der FDP gestellt wurden, sind eigentlich sehr gute und wichtige Fragen. Aber die Fragen und ihre Klärung hat der Gemeinderat auch an die Bauverwaltung gestellt bei der Rückweisung. Zur Dringlichkeit: Das Geschäft ist in dem Sinne von uns aus gesehen sowieso dringend. Es muss sowieso gemacht werden. Der Gemeinderat empfiehlt jedoch die Interpellation nicht als dringlich zu erklären.

Beschluss:

Die überparteiliche Interpellation der SVP- und FDP-Fraktion mit dem Titel "Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeuges" wird mit 17 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung als dringlich erklärt.

Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Energienangellage: Was unternimmt der Gemeinderat?"

Marchand Andy, FDP: Ich will es nicht in die Länge ziehen. Ihr habt es gesehen, es liegt vor euch auf dem Tisch. Es schliesst ein bisschen an das an, was Guido schon gesagt hat. Nimmt aber auch ein wenig Stellung zu dem was du, Adrian, vorhin erwähnt hast. Es sind konkrete Fragen zur Vorsorgeerklärung, wo wir der Meinung sind, ihr seht unten bei Begründung der Dringlichkeit, aufgrund dessen was jetzt scheinbar bevorsteht. Es weiss niemand, ob es dann wirklich so ist oder nicht. Wir wären froh, wenn die Fragen beantwortet würden, oder wir einen kleinen Zwischenstand hätten, wo wir ungefähr sind.

Jorio Marco, die Mitte/glp: Auch hier sind wir selbstverständlich für die Dringlichkeit. Ich muss auch nichts wiederholen. Ich informiere, dass wir auch eine Interpellation eingereicht haben. Die geht in die gleiche Richtung aber ein wenig bescheidener und als nicht dringlich. Ich nehme an, der Gemeinderat wird diese als Paket behandeln und auf all die verschiedenen, zum Teil gleichen Fragen antworten.

Beschluss:

Die Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Energienangellage: Was unternimmt der Gemeinderat?" wird einstimmig als dringlich erklärt.

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt ansonsten unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

| Sitzung Nr. | Datum | Traktandum | Beschlusnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|----------------|------------|------------|----------------|-----------------|--------------|
| | 12.09.2022 | 1 | 2021/24-108 | 143 | 12/0/0 |

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ich habe drei Termine, die ich euch mitgeben möchte. Der erste Termin betrifft die Entwicklung der Sternenmatte. Es wurden hier bereits zwei Informationsveranstaltungen durchgeführt zu dieser Entwicklung: im Juli 2020 haben wir das geplante Vorgehen und Eckwerte der Planung thematisiert, ein Jahr später haben wir euch das Referenzprojekt präsentiert und haben euch aufgezeigt, wie die baurechtliche Grundordnung im Zusammenhang mit der Mitwirkung angepasst werden muss. Diese ist nun abgeschlossen ebenso wie die kantonale Vorprüfung und wir stehen vor der Auflage. Im Zusammenhang mit der Auflage möchten wir euch aufzeigen, wie das Dokument aussieht und wir möchten euch während einer halben Stunde präsentieren, wo wir stehen und vor allem auf eure Fragen eingehen. Reserviert euch doch bitte vor der nächsten GGR-Sitzung eine halbe Stunde früher, also am 17. Oktober würden wir euch gerne um 19.00 Uhr die Entwicklung sowie das Dokument präsentieren. Das zweite Thema: Am Freitag, 11. November 2022, ebenfalls um 19.00 Uhr führen wir hier im Bärensaal unseren alljährlichen Ehrungs- und Behördenanlass durch. Mit diesem Anlass verfolgen wir gleichzeitig zwei Ziele. Wir wollen euch vom GGR und allen Kommissionsmitgliedern für eure wertvolle Arbeit danken, die ihr zu Gunsten der Gemeinde leistet. Das zweite Ziel ist Einzelpersonen, Personengruppen, Mannschaften oder Vereine aus Worb zu ehren, die Besonderes geleistet haben. Konkret: erfolgreiche Sportlerinnen und Sportler, erfolgreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Berufswettkämpfen, Personen aus Kultur und Wissenschaft und schliesslich auch ehrenamtlich tätige Personen, Gruppen und Vereine. Ich bitte euch, diesen 11. November 2022 zu reservieren und ich freue mich darauf, mit euch diesen Abend hier im Bärensaal verbringen zu können. Eine spezielle Einladung wird folgen, selbstverständlich auch für die erste Informationsveranstaltung, die ich zuvor erwähnt habe. Jetzt kommt noch der dritte Termin, welcher den Samstag, 29. Oktober, betrifft. An diesem Tag ist Tag der offenen Tür in der Heizzentrale an der Bollstrasse 73 beim OLWO-Areal. Dort wird Wärme produziert, die jetzt über das Wärmenetz in Worb verteilt wird und in Kürze ebenfalls in Rüfenacht. Ich lade euch ganz herzlich zu diesem spannenden Anlass ein. Kommt, um euch zu informieren, wie das Restholz der OLWO zu Wärme umgewandelt wird. Wir sind sehr stolz auf die klimafreundliche und zukunftsweisende Wärme, die wir hier produzieren und einsetzen. Bekanntlich wollen wir über 3'000 Haushalte mit Wärme versorgen und somit 2,4 Millionen Liter Heizöl pro Jahr einsparen. Das entspricht 7,4 Tausend Tonnen CO₂-Ausstoss weniger, als wenn man Oel verbrennen würde. Der Tag der offenen Tür beginnt um 09.00 Uhr und endet um 14.00 Uhr. Ein spannender Anlass. Eine entsprechende Publikation in der Worber Post wird sicher noch erfolgen, deshalb werden wir keine Einladungen an euch verschicken.

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Aus der letzten GGR-Sitzung bin ich dem Parlament noch eine Antwort zum Verwaltungsbericht 2021 schuldig. Die ASK wünscht eine detaillierte Interpretation der aufgelisteten Zahlen zu den Betreuungsgutscheinen. Diese Zahlen seht ihr hier im Hintergrund. Die Zahlen zeigen prozentual eine leichte Zunahme im Jahr 2021 gegenüber dem Start der Pilotphase im Jahr 2020. Familien, deren Kinder in der Kita betreut werden, werden von der Gemeinde in Form von Betreuungsgutscheinen unterstützt. Die Subventionen stehen im direkten Zusammenhang mit dem Einkommen der Familie. Diesem Umstand muss jederzeit Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund sind die Erziehungsberechtigten verpflichtet, alle Änderungen im Zusammenhang mit Betreuungsgutscheinen der Gemeinde bekannt zu geben. So entstehen zahlreiche Mutationen, z.B. wenn das Salär oder der Beschäftigungsgrad ändert. Ich nehme an, dass die anderen Zahlen selbsterklärend sind. Tag der Vereine: am 15. Oktober findet hier auf dem Bärenplatz

die Würdigung der freiwilligen Arbeit statt. Ihr habt vielleicht bereits hinten und im Foyer Plakate gesehen. Beim Ausgang liegen Flyer auf und alle Vereine würden sich sehr freuen, wenn ihr an diesem Tag teilnehmen würdet. Es hat für alle Leute etwas dabei, sei es zum Essen, Trinken und Spielen. Es würde uns freuen, wenn wir euch dort zahlreich begrüßen dürften. An dieser Stelle möchte ich euch noch informieren, dass ich die Präsidenten der SP+Grüne um eine Fristverlängerung zur Beantwortung der Interpellation zum Thema Armutsbekämpfung in Worb gebeten habe. Am 1. Oktober beginnt der neue Abteilungsleiter der Sozialdienste seine Arbeit und ich möchte Herrn Stephan Leiser ermöglichen, dass er bei der Bearbeitung der Fragen dabei sein kann. Ich danke den Herren Präsidenten, dass sie dieser Fristverlängerung zugestimmt haben.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Wir leben weiterhin in einer anspruchsvollen Zeit. Wenn ich mir manchmal Gedanken mache, überwiegt das Negative und man fragt sich, gibt es eigentlich auch Gutes in der heutigen Zeit? Ich denke, das Gute gibt es schon aber wir alle sollten uns engagieren, das Gute zu suchen und dann findet man es auch, damit die Waage sich im Ausgleich befindet. Ihr könnt euch erinnern, ich war vor den Ferien auch etwas zufriedenheitssensibel wegen der Defi-Geschichte, da die Defibrillatoren noch nicht montiert worden sind, vor allem noch nicht in den Aussenbezirken. Ich stelle nun mit grosser Freude fest, dass sich dieser Zustand geändert hat. Vielen Dank Urs und Nicole, dass ihr euch engagiert habt, damit diese wichtige, ja unter Umständen sogar lebenswichtige Massnahme auch in den Aussenbezirken umgesetzt wurde.

Protokoll der Sitzung vom 27. Juni 2022: Genehmigung

| Sitzung | Datum | Traktandum | Beschlusnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|---------|------------|------------|----------------|-----------------|--------------|
| Nr. 412 | 12.09.2022 | 2 | 2021/24-109 | 144 | 12/0/0 |

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt der Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Aufsichtskommission: Ersatzwahl

| Sitzung | Datum | Traktandum | Beschlusnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|---------|------------|------------|----------------|-----------------|--------------|
| Nr. 412 | 12.09.2022 | 3 | 2021/24-110 | 458 | 10/1/1 |

Ratspräsident Suter Michael: Die Ersatzwahl ist erforderlich, da Thomas Hofer per Ende Juni 2022 aus der Aufsichtskommission zurückgetreten ist. Es gibt keine Eintretensdebatte, da wir zur Behandlung verpflichtet sind. Es liegt ein schriftlicher Wahlvorschlag lautend auf Ernst Bützberger (Mitte) vor. Wird dieser Wahlvorschlag vermehrt? Wenn dies nicht der Fall ist, erkläre ich, in Anwendung von Art. 68 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates Ernst Bützberger (Mitte) als in stiller Wahl gewählt. Ich gratuliere.

"Standortmarketing - quo vadis?", Interpellation von Hodler Adrian und Marthaler Matthias: Stellungnahme

| Sitzung | Datum | Traktandum | Beschlusnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|---------|------------|------------|----------------|-----------------|--------------|
| Nr. 412 | 12.09.2022 | 4 | 2021/24-111 | 35542 | 31/62 |

Detailberatung

Die Interpellanten stellen einen Antrag auf Diskussion.

Beschluss zum Antrag auf Diskussion:

Der Antrag auf Diskussion von den Interpellanten wurde grossmehrheitlich gutgeheissen.

Hodler Adrian, SP+Grün: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort auf unsere Interpellation. Wie ich schon gesagt habe, sind wir allerdings gar nicht zufrieden. Wie ihr in unserer Interpellation entnehmen könnt, hat die versprochene Initialveranstaltung zur Attraktivierung der Gemeinde als Wirtschaftsstandort nie stattgefunden. Die Begründung dafür wirkt fast schon peinlich. Wegen Corona sei ein solches Treffen im Herbst 2021 nicht verantwortbar gewesen. Hingegen war es problemlos möglich, am 2. September 2021 das Wirtschaftsapéro mit zahlreichen Teilnehmern durchzuführen. Diese Logik verstehe ich nicht ganz. Die Antwort auf die zweite Frage, nämlich ob der Gemeinderat noch beabsichtigt, ein solches Treffen durchzuführen, hätte man auch wie folgt zusammenfassen können: nein. Sowieso hatte ich beim Lesen der gemeinderätlichen Botschaft den Eindruck, dass der Gemeinderat einfach den Weg des geringsten Widerstands gehen und möglichst nicht unternehmen will. So verweist der Gemeinderat auf die Legislaturziele und den dazugehörigen Massnahmenplan. In diesen hat sich der Gemeinderat zum Beispiel selbst vorgegeben, pro Jahr mindestens sechs Firmenbesuche zu machen. Diese sind schon, oder erst, zur Hälfte organisiert. Ansonsten beschränkt sich der Gemeinderat vor allem auf sporadische Treffen mit dem Verein Worber Gwärb. Es gibt auch Gewerbetreibende in dieser Gemeinde, die nicht in diesem Verein organisiert sind. Ich sage das hier nur einmal, weil ich aufgrund der Unterlagen nicht sicher bin, ob das dem Gemeinderat bewusst ist. Im persönlichen Gespräch mit Gewerbetreibenden hört man bisweilen schon, dass in der Gemeinde nicht alles perfekt ist. Wenn man z.B. bedenkt, dass etwa die ComatReleco AG, einer der grösseren Steuerzahler in Worb demnächst wegzieht, dann ist möglicherweise in Sachen Standortmarketing, -politik und -attraktivität tatsächlich nicht alles perfekt. Kurzum: wir sehen in Sachen Standortmarketing, -politik und -attraktivität durchaus noch Handlungsbedarf. Aus unserer Sicht müsste der Gemeinderat Fragen stellen wie: Was zeichnet die Gemeinde aus? Was kann die Gemeinde einem Unternehmen, das eventuell nach Worb kommen will, anbieten? Wie kann die Gemeinde ihre Standortvorteile kommunizieren? Und, und, und... So könnte man eine kohärente Standortpolitik entwerfen und daraus Massnahmen für das Standortmarketing ableiten. Wie wir schon vor über einem Jahr vorgeschlagen haben, fänden wir es sinnvoll, die Standortförderung in professionelle Hände zu legen. Die Untätigkeit des Gemeinderates erstaunt uns umso mehr, als dass er seit über einem Jahr den verbindliche Auftrag hat zu prüfen, wie ein aktives Standortmarketing sichergestellt werden kann und inwiefern ein Gefäss oder eine Plattform zum Austausch zwischen Verwaltung und dem Gewerbe in all seinen Facetten geschaffen werden kann. Die vorliegende Antwort des Gemeinderates verstärkt den Eindruck, dass der Gemeinderat eher auf Arbeitsvermeidung aus ist. Was mich am Ganzen aber am meisten aufregt, ist, dass der Gemeinderat dem Parlament etwas versprochen, aber offenbar nicht die geringste Anstrengung unternommen hat, dieses Versprechen zu halten. Er spricht jetzt noch von einer "Anregung". Daraus muss ich leider den Schluss ziehen, dass wir uns auf Ankündigungen des Gemeinderats nicht unbedingt verlassen können. Das spricht nicht gerade für eine respektvolle Zusammenarbeit zwischen Gemeinderat und Parlament. Zum Schluss: Auch wenn uns die Antworten des Gemeinderats in keiner Art und Weise zufriedenstellen, bleibt uns nicht viel anderes übrig, als diese zur Kenntnis zu nehmen.

Lanfranconi Elena, FDP: Wir sind der SP dankbar, dass sie das Thema Standortmarketing auch noch einmal aufnimmt und sich, wie die FDP seit jeher, Sorgen um den Standort Worb als Regionalzentrum macht. Es geht uns und wahrscheinlich auch der SP nicht um das Marketing der Gemeinde als Wohn- und Schlafort. Was fehlt, ist das Marketing zum Standort Worb als Regionalzentrum. Das Thema wurde schon oft im GGR thematisiert. Trotz Ladensterben findet es der Gemeinderat nicht wichtig, dem entgegenzuhalten. Das zeigt die Antwort zur Interpellation von Matthias und Adrian einmal mehr deutlich. Wir fragen uns, wie der Gemeinderat seine Legislaturziele rund um die wirtschaftliche Entwicklung in Worb erreichen will, wenn er partout nichts von Standortmarketing wissen will. Gerne erinnern wir den Gemeinderat, dass er sich die Legislaturziele gesetzt hat, um einen attraktiven Standort für Unternehmen in Worb zu werden. Wir würden vom Gemeinderat gerne wissen, wie er es angehen will, Worb zu einem attraktiven Standort für Unternehmen zu machen, ohne dafür aktiv zu werden. Wir finden, dass seit der Abschaffung der Ortsmarketingkommission Wirtschaftsangelegenheiten in unserer Gemeinde zu kurz kommen und speziell dem Standortmarketing zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Das muss sich ändern. Aus diesem Grund reichen wir heute eine Motion mit verschiedenen Massnahmen zur Einführung für ein attraktives Standortmarketing und zur Förderung des Regionalzentrums in Worb ein.

Jost-Pfister Catarina, Mitte/glp: Ich möchte spontan auf zwei Punkte eingehen, die ich gehört habe. Der erste betrifft das Standortmarketing für Firmen. Man muss daran denken, dass es nicht reicht ein schönes Haus mit rundum schönen Strassen und gutem Anschluss zu haben. Dies ist nur ein kleiner Teil und wenn man Urteile

über Firmen fällt, die Worb verlassen, sollte man den Grund kennen. Eine Firma schaut andere Sachen ebenfalls an, um sich niederzulassen, nicht nur den Standort. Wo sind sie tätig? Woher kommen die Mitarbeiter? Es ist nicht immer einfach zu sagen, hierhin will ich. Wenn man schon eine Ewigkeit hier ist, ist dies natürlich ein anderer Fall, aber sollte ich mich jetzt für einen Standort entscheiden, dann muss ich viele Faktoren in Betracht ziehen. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Gemeinderat allein diese Entwicklung nicht steuern kann. Es gibt wichtige Sachen wie Zufahrten etc., aber jede Firma hat andere Ausrichtungen und ich bezweifle, dass wir dies beeinflussen können. Die Firma entscheidet immer noch selbst, wohin sie geht und was sie benötigt. Man kann sie unterstützen, aber entscheiden kann der Gemeinderat dies nicht. Dasselbe betrifft die Läden. Ladensterben ist nicht schön, aber man sieht es leider überall in der Schweiz, nicht nur in Worb. Man könnte Lokalitäten zur Verfügung stellen oder man könnte genügend Parkplätze schaffen. Übrigens war ich ein wenig enttäuscht, dass niemand an die Versammlung betreffend Parkplatzbewirtschaftung kam. Was sind die Bedürfnisse eines Ladenbesitzers? Ein Mix von Läden wäre wichtig und man hängt immer noch an romantischen Ideen für kleine Läden, wo Spezialitäten gekauft werden können. Wäre sicher interessant, aber wieviel braucht es zum Überleben, wenn man so einen kleinen Laden führt? Nehmen wir z.B. eine Bäckerei. Wieviel braucht es? Da reichen zwei Gipfeli nicht und es braucht vor allem auch die Bevölkerung, die einkaufen sollte. Wie kann man diese beeinflussen? Ich denke an den Gemeinderat, dessen Hände gebunden sind. Man kann Rahmenbedingungen schaffen, aber schlussendlich sind so viele Aspekte zu beachten, um hier einen Laden zu eröffnen. Wir können dies beeinflussen, wenn wir dort einkaufen, aber das ist einfacher gesagt als getan, das wissen wir alle. Natürlich bin ich daran interessiert, dass ein Dorf nicht Läden und Firmen verliert, aber erzwingen lässt sich nichts und da kann auch die Politik nichts tun. Das ist einzig und allein die Entscheidung jedes Laden- und Firmenbesitzers.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Besten Dank für die Voten, die gefallen sind. Ganz besonders bedanke ich mich für die sachlichen Worte von Catarina Jost-Pfister, die sehr wohl eine Ahnung zum Thema hat. Für uns vom Gemeinderat ist die Angelegenheit in keiner Art und Weise egal, wie es dargestellt wurde. Den Vorwurf weise ich in aller Form zurück. Wir führen eine sehr intensive Zusammenarbeit mit dem Worber Gwärb und wir besuchen Firmen. Früher habe ich dies alleine gemacht, mittlerweile machen wir dies mit dem ganzen Gemeinderat. Dies ist etwas, was sehr gut ankommt und geschätzt wird. Die Firma Comat wurde erwähnt. Hier liegen andere Gründe vor, warum die Firma weggezogen ist. Nächsten Donnerstag werden wir uns mit einer Vertretung vom Worber Gwärb treffen und werden unter anderem den Wirtschaftsbrunch vorbereiten. Dort wird über Energiesparmassnahmen in Firmen diskutiert, es geht um das nächstjährige Wirtschaftsapéro sowie um eine Sonderseite zum Thema Ausbildungsplätze, wo kostengünstiger Inserate aufgeschaltet werden können, um neue Lernende zu gewinnen. Dies ist für im Oktober/November geplant. Es geht auch um Unterstützung des Worber Gwärbs für die Umsetzung der Energiesparmassnahmen und Förderung des Detailhandels. Hier hat uns das Worber Gwärb eine Rückmeldung versprochen was ihre Haltung und ihre Erwartungen sind. Wie es kurz zuvor Catarina Jost-Pfister dargestellt hat, ist es nicht möglich zu zaubern, aber vielleicht lässt sich tatsächlich etwas bewegen. Martin Knöpfel wird auch dabei sein, welcher sehr wohl eine Ahnung hat von diesem Metier. Dann geht es um Verkehrsfrequenzen auf der Bahnhof- und auf der Bernstrasse. Dies ist eine wichtige Sache für das Gewerbe, damit ihre Kunden bis vor die Geschäfte fahren können. Das wird heute auch noch ein Thema sein und wir stehen vor einer spannenden Debatte rund um die Frage der Parkplätze und Fussgängerstreifen. Dann geht es um Verkehrsregulierung im Zentrum von Worb und um Poller-Sperrzeiten, wo wir vor den Einspracheverhandlungen stehen. Weiter geht es um die Sanierung der Enggistestrasse und die Parkplatzbewirtschaftung und da erwartet das Gewerbe weitere Schritte von unserer Seite. Ihr seht also, es ist ein gedrängtes Programm, welches wir zusammen nächsten Donnerstag besprechen werden. Ich weise die Unterstellung, es werde nichts getan, in aller Form zurück. Dies trifft in keiner Art und Weise zu.

Feststellung:

Von der der Stellungnahme des Gemeinderates zur Interpellation von Hodler Adrian und Marthaler Matthias mit dem Titel "Standortmarketing – quo vadis?" wird Kenntnis genommen.

"Pump Track als sozialer Treffpunkt für die Bevölkerung der Gemeinde Worb", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|-----------------|--------------------------------|--------------------------|------------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 5 | Beschlussnummer 2021/24-112 | Geschäftsnummer 35538 | Archivnummer 32/4/0 |
|--------------------|---------------------|-----------------|--------------------------------|--------------------------|------------------------|

Detailberatung

Federer Guido, SP+Grüne: Man sieht durchaus, dass es sich vor allem für kleinere Kinder in Worb Einiges zum Besseren verändert. Zu erwähnen sind insbesondere die Renovation des Spielplatzes an der Eigerstrasse aber auch der geplante Spielplatz auf der Sternenmatt. Stellt euch vor, ihr seid wieder Teenager und genervt von den Erwachsenen. Ihr wollt unter euch sein und zusammen etwas unternehmen. Wohin geht ihr dann in Worb oder wo gibt es einen Platz, wo ihr nicht nur geduldet werdet? Mir kommen in Worb nicht sehr viele solche Plätze in den Sinn. Wenn man sich umhört, wird vor allem der Parkplatz vor dem Bahnhof genannt, aber das kann ja auch keine Lösung sein. Genau hier setzt unser Postulat an und möchte diese Problematik lösen. Es stimmt, es gibt hinter der Coop-Tankstelle im Worboden eine Stelle, die einem BMX-Park entfernt ähnlichsieht. Dort wurde auf Erdhügeln und etwas Kies ein paar Wege geschaffen. Ich war auch ein paarmal dort. Das Gelände ist nur erreichbar über die Strasse, also relativ gefährlich, auf der Strecke wuchert Gestrüpp, es liegen leere Bierdosen herum und es gibt weder einen Unterstand noch Sitzgelegenheiten. Als ich dort war, hatte es entweder gar keine Leute oder Familien mit kleinen Kindern, denn für grössere Kinder ist dies nicht interessant. Das Gebiet ist zudem einer Arbeitszone zugeordnet, d.h. die Fläche wird früher oder später überbaut und somit nur eine Lösung auf Zeit. Wir bitten den Gemeinderat deswegen zu prüfen, wie im Mühlacker ein Treffpunkt für Jugendliche geschaffen werden könnte. Ein Pump Track gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, zusammen aktiv zu sein. Daneben benötigt es überdachte Bänke, wo sie auch einfach nur ein wenig Zeit verbringen können. Praktischerweise können Pump Tracks mit entsprechender Gestaltung auch von älteren Kindern oder Erwachsenen genutzt werden und bietet somit die Möglichkeit zu positiven generationenübergreifenden Kontakten. Warum im Mühlacker? Der Mühlacker eignet sich aus unserer Sicht aus verschiedenen Gründen: einerseits befindet er sich in unmittelbarer Nähe zum Schulhaus Worboden, wo sich die Jugendlichen sowieso aufhalten, zudem gehört die Fläche bereits der Gemeinde und sie befindet sich in einer Zone für öffentlichen Nutzung. Es braucht also nicht einmal eine aufwendige Umzonung. Wir bitten euch, aus diesen Gründen den Vorstoss als erheblich zu erklären.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Wir von der SVP-Fraktion teilen grundsätzlich die Ansicht des Gemeinderats. Wir sind der Meinung, dass der Standort dieses Pump Tracks sehr nahe an einem Wohngebiet liegt, was zu Problemen führen könnte. Alternative Angebote für Teenager gibt es doch einige, deshalb stimmen wir hier für nicht erheblich.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Stichwort soziale Treffpunkte. Ich denke, dass dies eine wichtige Sache ist und ein wichtiges Stichwort. Ein Ort, wo sich Jugendliche treffen können, altersgerecht, von der Herkunft wie auch von der Gesinnung gerecht. Eigentlich haben wir hier in Worb ein riesiges Angebot für alle Jugendlichen, aber klar, der klassische Pump Track fehlt hier in Worb. In meinen Ferien war ich oft mit dem Velo unterwegs und habe in mancher Gemeinde solche Anlagen gesehen. Per Zufall war ich auch bei einer Neueröffnung dabei und es war wahnsinnig, wie viele Leute sich auf dem Gelände getummelt haben. Kleine und Ältere hatten ihre Freude und ich dachte für mich, das ist wirklich eine gute Sache. Ich habe aber auch gehört, dass, wenn der ganze Hype etwas abflacht, die Tracks plötzlich nicht mehr so stark frequentiert werden und dann muss auch jemand immer für Ordnung sorgen, auch um Unfälle zu vermeiden. Da bleibt schlussendlich plötzlich eine kleine Ernüchterung. Ich meine überhaupt nicht, dass die Tracks nicht mehr benutzt werden, nein, es sind immer wieder Jugendliche dort, aber ich frage mich ob dies der richtige Zeitpunkt ist, um diese Sache anzugehen. Erstens wurde erwähnt, dass wir bereits eine parkähnliche Anlage haben. Der Zustand ist nicht top, heutzutage gibt es natürlich bessere Bahnen und erst noch privat. In der Nacht sind diese aus Sicherheitsgründen geschlossen und Betreiber lehnen jede Haftung ab, sollte es zu einem Unfall kommen. Zweitens haben wir in der Sternenmatt einen grossen Spielplatz in Planung. Die Vernehmlassung ist bald fertig. Ob dort ein Pump Track gebaut wird, ist ungewiss. Auch dort liegt es im Wohngebiet, die Leute wohnen nahe und ich denke im Worboden, also im Mühlacker wäre eine solche Anlage realisierbar. Das haben wir auch schon in der Arbeitsgruppe betreffend Spielplätze in der Gemeinde Worb bei der Besichtigung vor Ort diskutiert. Da bereits ein Angebot besteht und ein weiterer grosser Spielplatz geplant ist, sind wir gegen die Erheblicherklärung von diesem Postulat. Aus diesen Gründen empfiehlt der Gemeinderat das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Pump Track als sozialer Treffpunkt für die Bevölkerung der Gemeinde Worb" wird als nicht erheblich erklärt.

"Mehr Sicherheit für Fussgänger auf der Bahnhofstrasse!", Volksmotion des Motions-Komitees: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|-----------------|-------------------------------|--------------------------|-------------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 6 | Beschlusnummer 2021/24-113 | Geschäftsnummer 35762 | Archivnummer 56/13/0 |
|--------------------|---------------------|-----------------|-------------------------------|--------------------------|-------------------------|

Detailberatung

Hodler Adrian, Motions-Komitee und SP: Zu Beginn zur Klarstellung, ich spreche hier im Namen des Motions-Komitees und der SP. Ich möchte in erster Linie auf formelle Punkte eingehen und anschliessend noch mein persönlicher Eindruck zur Antwort des Gemeinderates darlegen. Zuerst weise ich darauf hin, dass das Behandlungsprozedere der Volksmotion nicht den gesetzlichen Vorgaben entspricht. Gemäss Art. 37 Abs. 2 der Gemeindeverfassung und Art. 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates sind Volksmotionen innert drei Monaten nach der Bekanntmachung im GGR zu behandeln. Die vorliegende Volksmotion wurde am 16. Mai 2022 eingereicht. Demnach hätte sie also bis spätestens Mitte August hier behandelt werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass das Gesetz für alle gilt, auch für die Gemeindeverwaltung. Der Gemeinderat ist weiterhin der Ansicht, dass es sich formell nicht um eine Volksmotion, sondern um ein Volkspostulat handelt. Dennoch erachtet er die Volksmotion als formell gültig, weil er sie unter Anwendung von Art. 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates dem GGR zur Behandlung vorgelegt hat. Ich gehe also davon aus, dass die Volksmotion formell gültig ist. Weiter ist der Gemeinderat der Meinung, dass eine Volksmotion nicht in ein Volkspostulat umgewandelt werden kann. Auf was sich diese Argumentation stützt, ergibt sich aus der Botschaft leider nicht. Art. 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des GGR besagt, dass Volksmotionen vorbehaltlich abweichender Bestimmungen sinngemäss wie parlamentarische Motionen zu behandeln sind. Eine Motion kann gemäss Art. 51 Abs. 2 der Geschäftsordnung in ein Postulat umgewandelt werden. Ebenso kann das Initiativkomitee eine Initiative zurückziehen. Warum jetzt also eine Volksmotion nicht in ein Volkspostulat umgewandelt werden kann, hätte von uns aus gesehen genauer begründet werden müssen oder begründet werden dürfen. Der Gesetzestext schliesst diese Möglichkeit nämlich nicht ausdrücklich aus. Einen weiteren formellen Punkt von der gemeinderätlichen Argumentation überrascht. Auch wenn die Volksmotion als erheblich erklärt wird, wird der GGR später keine konkrete Geschäftsvorlage erhalten. Dazu folgendes, aus Art. 37 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 43 der Gemeindeverfassung ergibt sich, dass der Gemeinderat dem GGR im Falle einer Erheblicherklärung eines Geschäfts aus der Zuständigkeit vom GGR oder dem Stimmvolk unterbreiten muss. Warum das hier anders sein soll, wird auch nicht weiter ausgeführt. Auf jeden Fall wirkt das Vorgehen der Verwaltung in diesem Fall zumindest auslegebedürftig. Daher möchte ich der Rügepflicht im Sinne von Art. 49a des Gemeindegesetzes nachkommen. Ich möchte festhalten, dass wir doch gewisse Zweifel haben, ob die Zuständigkeit und Verfahrensvorschriften korrekt umgesetzt wurden. Wir behalten uns natürlich eine weitere rechtliche Prüfung des Schachverhaltes vor. So jetzt noch kurz zum subjektiven Eindruck, der die Botschaft des Gemeinderates bei mir vermittelt. Der Gemeinderat möchte scheinbar gegenwertig unter allen Umständen vermeiden, irgendetwas zu tun. Diese Haltung überzeugt uns, Welch ein Wunder, nicht. Muss zuerst etwas passieren, bevor gehandelt wird? Wenig überzeugend erscheinen mir auch die mathematischen Fähigkeiten des Gemeinderates. Er hält fest, dass das Tempolimit auf der Bernstrasse gut eingehalten wird. Messungen zeigen, dass mindestens 85% von allen Fahrzeuglenkenden schneller, als erlaubt durch die Bahnhofstrasse fahren. Wenn es schon bei einfachen Schlussfolgerungen ein wenig hapert, frage ich mich natürlich schon, ob die Argumentation des Gemeinderates, warum es keine Fussgängerstreifen braucht, ebenso fundiert ist. Darum und aus zahlreichen weiteren Gründen, ich verweise da gerne auf meinen Nachredner, spricht sich die SP und natürlich auch das Motions-Komitee für die Erheblicherklärung der Volksmotion aus.

Marthaler Matthias, Motions-Komitee: Ich spreche klar für die Mitglieder des Komitees, welche nicht hier sein können. Im formellen Belangen hat meiner Meinung nach mein Vorredner ausreichend vorgelegt. Ich weise

als einziges nur noch darauf hin, dass ich es ein bisschen stossend finde, dass der Gemeinderat uns bei der Beurteilung des Anliegens unterstellt, dass wir nicht auf dem Boden der Reglemente stehen. Dabei aber selbst ständig von Abweichungen und Annahmen ausgeht. Sinnbildlich steht hier für die Androhung der Regierung, dass im Falle einer Erheblicherklärung der Volksmotion keine konkrete Geschäftsvorlagen folgen wird. Das finde ich ein Affront gegenüber den Unterzeichnenden und vor allem gesetzlich sehe ich keine Grundlagen. Ganz unabhängig hiervon hat das Komitee der Regierung wiederholt Gesprächsbereitschaft signalisiert und wäre auch für alternative Lösungen offen gewesen. Zum Materiellen: Zebrastreifen ziehen anscheinend umfangreiche Abklärungen und bauliche Massnahmen bis hin zur Aufhebung von Parkplätzen nach sich. Ein bedrohliches Szenario, das vor allem punkto Parkplätze natürlich auch bei mir ein Anflug von Nervosität auslöst. Aber wiederum lässt die Regierung einen wesentlichen Punkt aus. Die berüchtigten Füssli müssen ja eigentlich den gleichen Sicherheitsanforderungen entsprechen wie die Zebrastreifen. Sonst wären ja zum Beispiel die im schulischen Strassenunterricht abgegebene Empfehlung, dass bei den Füssli die Bahnhofsstrasse sicher überquert werden kann, schlicht ein bisschen verantwortungslos. Folglich sind im Zusammenhang mit den Füssli die fünf sicherheitsrelevanten Fragen, die unter dem Begriff "The Big Five" zusammengefasst werden, schon geklärt. Daher verstehe ich nicht ganz, warum die Regierung nochmals eine umfangreiche Abklärung erwartet. Für die Belebung der Bahnhofsstrasse, das ist ein weiterer Punkt, als Begegnungsort verweise ich auf unsere Fragen betreffend Standortmarketing. Es kann meiner Meinung nach nicht Sache der Strassenordnung sein. Zum Schluss noch zu der oft gehörten Aussage im Zusammenhang und im Gespräch, dass sich unsere Kinder bei der Überquerung der Strasse sehr gut verhalten würden. Ja, da kann ich nur zustimmen, natürlich machen sie das gut. Die Eltern und unsere Lehrer haben schliesslich auch mit ihnen geübt. Diese machen das auch vorbildlich. Aber es sind Kinder, die Fehler machen dürfen und sollen. Es geht um alle Verkehrsteilnehmenden. Zebrastreifen machen die Situation eindeutig und dadurch sicherer. Somit befürworten wir die Erheblicherklärung und bedanken uns für das Engagement von allen Beteiligten.

Flentje Burkhard Sibylle, Grüne: Ich spreche hier nur für die Grünen. Ich werde nicht auf das Formelle eingehen. Ich werde nur zum Inhalt etwas sagen. Wir verstehen das Anliegen der Bevölkerung nach mehr Sicherheit für Fussgänger auf der Bahnhofstrasse gut. Wir sehen aber auch, dass man mit dem Aufmalen von Streifen nicht mehr Sicherheit bekommt. Der Gemeinderat sagt in seiner Antwort auf die Motion, dass aufwendige Massnahmen wie die Umlegung des Strassenraumes und wahrscheinlich die Aufhebung von Parkplätzen nötig wären. Die Aussage macht er sicher nicht, um uns Angst von höheren Kosten einzujagen, sondern weil es nötige und verantwortungsvolle Massnahmen sind. Die Sicherheit des Langsamverkehrs ist auch für uns sehr wichtig. Damit meinen wir aber, neben den Fussgängern auch den Veloverkehr. Bei der Gestaltung der Bahnhofstrasse hat man mehrheitlich auf die Bedürfnisse der Autos Rücksicht genommen. So ist in dieser 30er-Zone an drei Strasseneinmündungen der Rechtsvortritt aufgehoben worden und nur gerade vor dem Schulhaus haben wir eine Engstelle, damit man nicht kreuzen kann. Kurz zusammengefasst: Weil die Strasse nach den Bedürfnissen der Autos ausgerichtet ist, haben wir heute entsprechend viel Verkehr. Die Grünen sind sich sicher, dass man eine markante Verbesserung der Verkehrssituation haben könnte, wenn wir weniger Durchfahrtsverkehr auf der Bahnhofstrasse hätten. Genau aus diesem Grund haben wir eigentlich für viel Millionen eine Umfahrungsstrasse gebaut. Die Gemeinde kann und soll Massnahmen ergreifen und den Verkehr besser lenken. Je nach dem, was die neue Verkehrsmessung ergibt, könnten wir uns vorstellen, dass die Poller in Betrieb genommen werden. So würde der Autoverkehr drastisch reduziert und für den Langsamverkehr hätten wir die maximale Sicherheit. Bevorzugen würden wir eine 20er-Zone. Das würde das Verkehrsregime vereinheitlichen und es ist unbestritten, dass mit einer Temporeduktion schwere Verkehrsumfälle am besten verhindert werden können. Gerade im Bereich vor dem Schulhaus wäre das besonders wünschenswert. Dort wird demnächst die neue Tagesschule eröffnet und daneben entsteht der neue Pausenplatz. In der Abstimmungsbotschaft zum Geschäft der Tagesschule hat man uns folgendes versprochen. Ich zitiere: "Im Zusammenspiel mit der bereits realisierten Umgestaltung der Bahnhofstrasse besteht ein grosses Potenzial zur Aufwertung des Dorfkerns von Worb. Der Vorplatz soll durch die Umgestaltung zu einer Art Parkanlage mit Spielgeräten für die Bevölkerung aufgewertet werden." Wenn wir also diese Parkanlage erhalten, die uns hier versprochen wird und wir sie nicht einfach abschotten und umzäunen wollen, braucht es auch da eine sichere Lösung. Verkehrsexperten sehen sicher noch mehr Möglichkeiten. Die Volksmotion fordert leider nur, dass auf der Bahnhofstrasse Fussgängerstreifen angebracht werden. Wird diese Motion überwiesen, ist der Gemeinderat faktisch gezwungen genau diese Forderungen zu erfüllen. Ein Fussgängerstreifen ist aber in erster Linie eine Vortrittsregelung und keine Sicherheitsmassnahme. Für uns greift das zu kurz. Wir sind überzeugt, dass durch eine ganzheitliche Betrachtung Verbesserungen für alle diese Probleme möglich wären. Wenn wir schon Geld

für mehr Sicherheit in die Hand nehmen, soll auch die Gesamtsituation verbessert werden. Es ist uns ein grosses Anliegen, dass mehrere Lösungsansätze geprüft werden. Aus diesem Grund werden die Grünen diese Volksmotion nicht unterstützen. Für uns ist aber unbestritten, dass es auf diesem Strassenabschnitt markante Verbesserungen für den Langsamverkehr braucht. Der Gemeinderat muss die Bevölkerung ernst nehmen und möglichst bald Lösungsvorschläge ausarbeiten. Damit eine ganzheitliche Lösung möglich ist, wo auch andere Lösungsansätze in Betracht gezogen werden, bitte ich auch euch die Volksmotion nicht zu überweisen.

Zwyer Lukas, Mitte/glp: Eigentlich wollte Deborah etwas dazu sagen, darum habe ich leider nicht ein super Text wie meine Vorredner vorbereitet und muss spontan einspringen. Also ich war ehrlich gesagt sehr überrascht, als ich das bekommen habe. Für mich war von Beginn an klar, dass das eine tickende Zeitbombe ist. Ich denke immer, dort überqueren Kinder die Strasse und das erachte ich, als extrem gefährlich. Ich weiss noch, als ich mit meinem Fahrlehrer das erste Mal in einer 30er-Zone war, als ich begonnen habe Auto zu fahren. Er hat mir schon damals gesagt, wenn du ein Kind am Strassenrand siehst, sei vorsichtig. Auch wenn die Vortrittsregel so ist, dass ich im Auto Vortritt habe. Wenn das Kind kurz nicht aufpasst, steht es auf der Strasse. In der 20er-Zone hat es überall Vortritt, da weiss ich erst recht, dass ich aufpassen muss. Aber wenn man als Autofahrer oder als Kind den Kopf mal nicht ganz bei der Sache hat, schon ist es passiert. Bei einem Fussgängerstreifen ist es zumindest genau geregelt, wo man über die Strasse gehen muss. Daher wird die Mitte/glp-Fraktion diesen Antrag als erheblich erklären.

Hager Rolf, FDP: Ich spreche im Namen der FDP, des Motion-Komitees und als Geschäftsinhaber an der Bahnhofstrasse. Wir von der FDP und vom Komitee sehen das nicht so wie der Gemeinderat. Seine Stellungnahme ist nicht befriedigend und es ist stossend, dass man einen Formfehler sucht. Das man eine Ausrede hat, denn das ist wirklich eine Volksmotion. Wir haben die Unterschriftensammlung gemacht. Ich habe selbst Unterschriften gesammelt und ich habe niemanden aus dem Worber Volk gehört, der nicht ja gesagt hat. Das ist ein Bedürfnis. Also nehmt das Worber Volk wahr. Ich als Geschäftsinhaber sehe auch an der Bahnhofstrasse, dass die Kinder auf dem Trottoir sind, aber sie wissen nicht, habe ich Vortritt oder nicht. Ich sehe gelbe Füssli, die gelben Füssli muss ich fast mit der Lupe suchen, dass ich sie sehen kann. Das ist ganz schlecht gelöst. Dazu kommt, wie mein Vorredner bereits gesagt hat, die Tagesschule. Das ist eine neue Situation. Es weiss niemand hier, wie oder wo die Kinder reingehen oder wie hoch die Frequentierung ist. Also dort muss man sicher etwas machen. Wenn der Fussgänger ein Fussgängerstreifen hat, sieht er, da ist einen Fussgängerstreifen. Die FDP ist eine liberale Partei. Das heisst, auch ich habe ein Gewerbe hier, es kann nicht sein, dass Parkplätze gestrichen werden oder gedroht wird, dass Parkplätze untergehen. Das Worber Gewerbe ist auf Parkplätze angewiesen, diese Parkplätze müssen bleiben. Also jetzt ist die Aufgabe beim Gemeinderat, dass man eine Lösung sucht, wie man die Sicherheit der Bahnhofstrasse erhöhen und die Parkplätze sein lassen kann. Das ist jetzt die Aufgabe, die der Gemeinderat hat. Die Fraktion der FDP wird die Volksmotion "Mehr Sicherheit für Fussgänger auf der Bahnhofstrasse!" als erheblich erklären.

Fivian Bruno, SVP: Ich will nur noch einmal ganz pragmatisch auf die Argumente hinweisen, welche für die Fussgängerstreifen sprechen. Erstens gab es einen parlamentarischen Vorstoss, welcher von der Legislative mit grosser Mehrheit angenommen wurde. Zweitens gab es Aufforderungen direkt aus der Bevölkerung. Drittens haben wir 386 Unterschriften anstelle der verlangten 50 in einer Volksmotion, welche das gleiche fordern. Viertens wissen im Verkehrsregime der 30er-Zone mehr als die Hälfte der Verkehrsteilnehmer nicht, wer eigentlich Vortritt hat. Ganz besonders die Fussgänger haben enorm Mühe zu verstehen, dass sie trotz den Füssli am Boden keinen Vortritt haben. In diesem Ecken bei der Tagesschule habe ich auch schon schwingende Fäuste gesehen. Fünftens lautet Art. 4 der Verordnung über Tempo 30-Zone und den Begegnungszonen: "Die Anordnung von Fussgängerstreifen ist unzulässig. In Tempo 30-Zonen dürfen jedoch Fussgängerstreifen angebracht werden, wenn besondere Vortrittsbedürfnisse für Fussgänger dies erfordern. Namentlich bei Schulen und Heimen." Ich stelle fest, dass beide Kriterien erfüllt sind. Das ergibt im Zusammenhang mit Art. 11 der Bundesverfassung, der sagt, dass wir gegenüber unseren Kindern zu besonderem Schutz ihrer Unversehrtheit verpflichtet sind, auch absolut Sinn. Sechstens schafft ein Fussgängerstreifen in jedem Falle Klarheit, vor allem für folgende Verkehrsteilnehmende: Erstens für unsere Kinder. Bei einem Fussgängerstreifen wissen sie, dass sie Vortritt haben. Bei den Füssli müssen sie auf die Gunst eines Autofahrers hoffen. Zweitens für die internationalen Verkehrsteilnehmenden, die ja leider auch immer mehr werden, wissen nicht, was farbige Flächen und Füssli sind. Siebtens hat man vor einigen Jahren in der Schweiz ein allgemeines Fussgängervortrittsrecht eingeführt, welches bei allen Fussgängerstreifen gilt, weil dies die Sicherheit der Fussgänger erhöht.

Mir ist nicht klar, warum dies in der 30er-Zone nicht so sein sollte und warum man von dieser Maxime abweicht. Ich versuche gar nicht, aus der Stellungnahme des Gemeinderates irgendwelche Argumente abzuleiten. Es sind in meinen Augen alles nur Gegenargumente und Halbagumente. Dies vermittelt nichts mehr als die Strategie einer Verhinderungspolitik. Die ganze Stellungnahme strotzt vor Halbagumenten. Wie vorher gerade offenbart, gibt es nur ein wirkliches Argument, welches der Gemeinderat in seiner Stellungnahme hätte anbringen können. Seltsamerweise hat man dieses Argument in der Stellungnahme und auch sonst bis jetzt verschwiegen. Das sind die von Sibylle erwähnten 20er-Zonen. Wir sind allerdings entschieden gegen die Einführung einer 20er-Zone, siehe Votum Rolf Hager. Ich möchte anschliessend noch auf eine Sache hinweisen. Ich habe bereits den Art. 11 der Bundesverfassung erwähnt, der uns zum besonderen Schutz unserer Kinder aufruft. Wir sind in diesem Fall verpflichtet, das ganze immer aus der Sicht des schwächsten Gliedes zu betrachten und das sind im Strassenverkehr ausnahmslos unsere Kinder. Aus ihrer Sicht ist alles andere ausser Fussgängerstreifen einfach nicht klar geregelt und somit ein Experiment. Ein Experiment mit den Kleinsten und Schwächsten. Dies passt überhaupt nicht zum Art. 11. Wir rufen unbedingt zur Überweisung der Volksmotion auf.

Cetin Mayk, EVP: Ich habe bewusst gewartet, dass ich als letztes ran komme, da ich zu diesem Thema gefühlt vier, fünf oder sechs Mal bereits gesprochen habe. Bruno hat es schon erwähnt, wir haben das Postulat vor zwei Jahren eingereicht und wir haben in der Worber Post darüber berichtet. Ich habe mich gefragt, ob ich wirklich noch einmal nach vorne gehen soll. Ich bin aber froh, Bruno, vor allem für dein Votum, du hast relativ gut die Chronologie aufgelistet. Danke an dieser Stelle. Ich möchte aber trotzdem etwas dazu sagen. Was mich in der ganzen Debatte ein wenig stört, ist das Ganze "der Gemeinderat interessiert es nicht, der Gemeinderat ist dagegen". Es gibt auch noch eine andere Seite fairerweise. Ich habe das erlebt. Urs hat sich effektiv, und da danke ich Urs auch, die Zeit genommen. Wir sind gemeinsam, ich glaube es waren $\frac{3}{4}$ Stunden, an der Bahnhofstrasse gestanden. Es war unser Deal, wir haben gesagt, doch das schauen wir an. Er hat es anders gesehen als die Postulanten. Wir haben uns die Zeit genommen und haben interessante Beobachtungen gemacht. Wir haben Dinge gesehen die gut gelaufen sind, das muss man fairerweise auch sagen. Kinder gehen nicht schlecht damit um. Es gibt Eltern, die es nicht so gut machen. Es gibt Kinder, die den Eltern nachrennen, die es nicht gut machen. Es gibt alle Konstellationen. Eine Beobachtung, die ich als besorgniserregend gesehen habe, ist ein Lastwagenfahrer, der relativ spät gebremst hat. Das ist auch die Realität. Also es gibt schon sehr heikle Momente. Im Grossen und Ganzen ist es aber eine Glaubensfrage, ob es wirklich mehr Sicherheit bringt oder nicht. Was wichtig ist, ich glaube, Urs wird bestimmt auch noch mit gewissen Statistiken kommen, ich gehe davon aus, diese werden sagen, dass Fussgängerstreifen weniger Sicherheiten bringen. Am Schluss wurde etwas ganz Zentrales gesagt, ich glaube, das hat auch Rolf gesagt, die ganzen Vorstösse und die ganzen Empfindlichkeiten der Bevölkerung, die spürt man, also ich spüre sie tagtäglich, die kann man nicht ganz wegnorieren. Ich glaube, am Ende ist es auch ein zusätzliches Sicherheitsgefühl, welches wir der Bevölkerung schenken. Welches sie auch ganz klar fordern. Ich glaube, dem sollte man auch Rechnung tragen. So wie ich gehört habe, sehen dies alle so. Darum werden wir die Volksmotion auch als erheblich erklären.

Gerber Urs, Departementvorsteher Sicherheit: Das schöne bei Vorstössen ist, dass man am Schluss sprechen kann und bereits weiss, wie es rauskommen wird. Die Sicherheit auf unseren Strassen ist zurecht ein sensibles Thema. Es bewegt und beschäftigt uns. Menschen, die im Verkehr schwer verunfallen oder sogar das Leben lassen, das ist derart etwas Unverständliches und Unsinniges. Es ist klar, dass niemand in diesem Raum nicht dafür ist, zu versuchen, dies unbedingt zu vermeiden. Viele Leute glauben ja, dass Fussgängerstreifen in jedem Falle eine Querung für Fussgänger sicher machen. Das wurde uns schon seit jung auf eingetrichtert, wie man Fussgängerstreifen korrekt überquert. Und weil jeder zu mir kommt und sagt, da muss ein Fussgänger hin, habe ich immer dagegegehalten und gesagt, eben nicht immer. So wird man zum Rufer in der Wüste und vielleicht sogar ein Anti-Fussgängerpapst. Das wäre ich also nicht. Man braucht nur ein Blick in die Statistik zu werfen, danke Mayk, um zu sehen, dass das eben nicht so ist. Unfälle passieren nicht hauptsächlich, weil wir die Vortrittsregelung nicht geklärt haben, das ist eine Vortrittsregelung, sondern weil Verkehrsteilnehmende, in der Regel grösstenteils einerseits unaufmerksam sind oder andererseits, weil sie eine Situation falsch einschätzen. Darum sind Fussgängerstreifen dann sinnvoll, wenn sie gewissen Qualitätskriterien genügen. Die Big Five gelten nicht durchgehen bei Tempo 30, aber einen guten Teil davon halt schon. Wir haben einfach versucht, im Antrag möglichst transparent erstens die Fakten hinzulegen und zweitens auch aufzuzeigen, was wir machen, wenn wir diesen Auftrag erhalten, wenn ihr die Motion überweist. Die Aufhebung von Parkplätzen, wo ich nicht weiss, ob es diese tatsächlich gibt, das ist keine Drohung, sondern einfach eine

Norm. Es gibt eine Norm, die sagt, wie der Warteraum aussehen muss, wie dieser geschützt sein muss und wie die Sichtweiten sein müssen. Wenn in dieser Sichtweite, in diesem Winkel, ein Parkplatz ist, dann wird er aufgehoben. Es kann ja wohl nicht sein, dass man zwischen zwei Lieferwagen, die korrekt geparkt sind, aus dem Warteraum heraus auf einen Fussgänger geht, noch im Wissen, dass man Vortritt hat. Darum muss das angeschaut werden. Wir haben einen gültigen Strassenplan, wir haben Tempo 30 ohne Fussgängerstreifen, wir haben definierte Strassenquerschnitte und wir haben Parkplätze, die gegeben sind. Für uns ist klar, dass wenn die Motion überwiesen wird, werden wir auch wieder ein Gutachten machen lassen. Für uns ist auch klar, dass das publiziert wird und das dort auch die demokratischen, juristischen Rechte wahrgenommen werden können. Letztlich ist es ja an euch, aufgrund von den Fakten und von euren eigenen Überlegungen zu entscheiden, ob ihr den Vorstoss überweisen wollt. Der Gemeinderat hat vor einiger Zeit von der Verkehrsteiner AG Videos gezeigt erhalten. Die Firma Verkehrsteiner AG hat vom Kanton vor und nach der Verkehrssanierung Videos von diesen neuralgischen Stellen gedreht. Und zwar immer an einem Donnerstag im Juni 2010 und 2019. 2019 war das Lastwagenfahrverbot mit Zubringerdienst noch nicht in Kraft, dies spielt jetzt aber keine grosse Rolle. Wir haben jetzt mal die Videos, die wir gesehen haben, zusammengestellt. Weggelassen haben wir die der Bernstrasse, die auch sehr interessant gewesen wären, hätte aber zu lange gedauert. Sie sind ohne Ton und die Bildqualität ist eher schlecht. Kommentieren werde ich sie nicht. Es ist einfach noch zu sagen, was wir sehen, sind in irgendwelcher Form eine Art Konfliktsituationen, die es sicher gibt. Verkehrsteilnehmer, die sich nicht so verhalten, wie es vorgesehen wäre und was sie daraus machen. Vielleicht dient das auch noch der Meinungsbildung. Ich hätte damit geschlossen und würde sagen, Film ab.

Beschluss:

Die Volksmotion des Motions-Komitees mit dem Titel "Mehr Sicherheit für Fussgänger auf der Bahnhofstrasse!" wird als erheblich erklärt.

Kommunalfahrzeug Meili VM 3500 I (2009), Ersatzbeschaffung; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

| Sitzung | Datum | Traktandum | Beschlusnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|---------|------------|------------|----------------|-----------------|--------------|
| Nr. 412 | 12.09.2022 | 7 | 2021/24-114 | 23046 | 33/10 |

Detailberatung

Aebersold Daniel, ASK: Die ASK hat vorliegende Kreditabrechnung "Kommunalfahrzeug Meili VM 3500 (2009), Ersatzbeschaffung" vom 13. Mai 2022 anlässlich ihrer Sitzung vom 20. Juni 2022 überprüft und zuhanden des GGR freigegeben. Der bewilligte Kredit in der Höhe von CHF 190'000.00 wurde um CHF 6'525.20 unterschritten. Die Kreditabrechnung wurde durch einen Vertreter der ASK auf der Gemeindeverwaltung eingesehen. Zu erwähnen ist, dass für das alte Fahrzeug CHF 1'000.00 verbucht werden konnten. Alle Fragen von Seite der ASK wurden kompetent beantwortet.

Beschluss:

- Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:

Ersatzbeschaffung Kommunalfahrzeug Meili VM 3500

| | | |
|-----------------------|-----|-----------------|
| Bewilligter Kredit | CHF | 190'000.00 |
| Beanspruchte Mittel | CHF | 183'474.80 |
| Kreditunterschreitung | CHF | <u>6'525.20</u> |

- Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Abwasserentsorgung, Leitungsvergrösserung in der Bahnhofstrasse; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

| Sitzung | Datum | Traktandum | Beschlusnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|---------|------------|------------|----------------|-----------------|--------------|
| Nr. 412 | 12.09.2022 | 8 | 2021/24-115 | 774 | 33/42 |

Detailberatung

Aebersold Daniel, ASK: Die ASK hat vorliegende Kreditabrechnung "Abwasserentsorgung, Leitungsvergrößerung in der Bahnhofstrasse" vom 25. April 2022 anlässlich ihrer Sitzung vom 20. Juni 2022 überprüft und zuhänden des GGR freigegeben. Der bewilligte Kredit in der Höhe von CHF 413'000.00 wurde um CHF 33'180.00 unterschritten. Aufgrund dieser geringen Kreditunterschreitung wurde darauf verzichtet, die Abrechnung im Detail vor Ort zu prüfen. Ich werde, mit Rücksicht auf die neuen Mitglieder, kurz erklären, wie der Ablauf von Kreditabrechnungen ist. Zuerst werden die Kreditabrechnungen vom Gemeindeschreiber oder seinem Stellvertreter der ASK zugestellt. Die ASK schaut sich diese an und entscheidet, ob diese genauer überprüft werden müssen. Falls ja, gehen wir auf die Gemeindeverwaltung und holen uns mehr Informationen, dann entscheiden wir, ob wir noch Fragen haben und wenn nicht, wird die Kreditabrechnung anschliessend zuhänden des GGR freigegeben.

Beschluss:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:

Leitungsvergrößerung Bahnhofstrasse

| | | |
|-----------------------|-----|------------------|
| Bewilligter Kredit | CHF | 413'000.00 |
| Beanspruchte Mittel | CHF | 379'820.00 |
| Kreditunterschreitung | CHF | <u>33'180.00</u> |

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Wasserversorgung, Netzersatz und Erweiterung im Rahmen der Verkehrssanierung Worb; Kreditabrechnung: Kenntnisnahme

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|-----------------|--------------------------------|------------------------|-----------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 9 | Beschlussnummer 2021/24-116 | Geschäftsnummer 774 | Archivnummer 33/42 |
|--------------------|---------------------|-----------------|--------------------------------|------------------------|-----------------------|

Detailberatung

Aebersold Daniel, ASK: Die ASK hat vorliegende Kreditabrechnung "Wasserversorgung, Netzersatz und Erweiterung im Rahmen der Verkehrssanierung Worb" vom 25. April 2022 anlässlich ihrer Sitzung vom 20. Juni 2022 überprüft und zuhänden des GGR freigegeben. Der bewilligte Kredit in der Höhe von CHF 1'699'000.00 wurde um CHF 10'184.90 unterschritten. Aufgrund der geringen Kreditunterschreitung wurde darauf verzichtet, die Abrechnung im Detail vor Ort zu überprüfen.

Beschluss:

1. Der Grosse Gemeinderat nimmt von der Kreditabrechnung über folgende Investition Kenntnis:

Wasserversorgung, Netzersatz und Erweiterung im Rahmen der Verkehrssanierung Worb

| | | |
|-----------------------|-----|------------------|
| Bewilligter Kredit | CHF | 1'699'000.00 |
| Beanspruchte Mittel | CHF | 1'688'815.10 |
| Kreditunterschreitung | CHF | <u>10'184.90</u> |

2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Dringliches Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Massnahmen zur Überwindung der drohenden Energiemangellage"

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 10 | Beschlussnummer 2021/24-117 | Geschäftsnummer 36082 | Archivnummer 37/1 |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|

"Der Gemeinderat wird gebeten, sobald als möglich kurzfristig umsetzbare Energiesparmassnahmen zur Reduktion des Öl-, Gas- und Stromverbrauchs in den gemeindeeigenen Liegenschaften und Betrieben zu prüfen und umzusetzen. Der Gemeinderat soll dabei auch Massnahmen berücksichtigen, die eine Änderung von Gewohnheiten beabsichtigen. Der Gemeinderat wird gebeten, dem GGR über die getroffenen Massnahmen und

die erwarteten Einsparungen zu berichten und die Öffentlichkeit über die Anstrengungen zu informieren. Begründung: Die Strompreise für Private und Unternehmen für das nächste Jahr sind bereits weitgehend fixiert. Daran können Massnahmen kaum etwas ändern. Ob für den nächsten Winter eine unterbrechungsfreie Stromversorgung sichergestellt werden kann, ist jedoch noch nicht garantiert. Eine Abschaltung der Stromversorgung hätte massive Auswirkungen sowohl auf die Privaten als auch auf die Wirtschaft. Eine Erhöhung der Produktion ist so kurzfristig nur in beschränktem Umfang möglich, entsprechend stehen Verbrauchsreduktionen im Vordergrund. Angesichts der aktuellen Lage auf den Energiemärkten und der drohenden Mangellage in diesem Winter hat der Bundesrat eine Energiesparkampagne lanciert. Dies mit dem Ziel, den Energieverbrauch bereits jetzt zu reduzieren, um damit die Energiereserven für den Winter zu schonen. Die Gemeinde und ihre Betriebe sind einer der grösseren Energieverbraucher der Gemeinde. Gemäss unseren Informationen hat jedoch weder die Gemeinde noch der Wislepark den Strombedarf für das nächste Jahr bereits beschafft. Es ist zu erwarten, dass dies zu einem sehr hohen Preis erfolgen muss. Aus diesem Grund lohnen sich Sparmassnahmen zusätzlich um das Gemeindebudget zu schonen. Wir anerkennen die durch die Gemeinde getroffenen Massnahmen für eine effiziente Energieverwendung. Auf Grund der ausserordentlichen Lage ist es jedoch wichtig, dass möglichst bald weitergehende Massnahmen getroffen werden. Zu denken ist etwa an: Reduktion der Strassenbeleuchtung; Einsparungen bei Sporteinrichtungen; Reduktion der Raumtemperatur; etc.. Die Gemeinde muss diesbezüglich eine Vorbildfunktion übernehmen und dies auch öffentlich kommunizieren um die Bevölkerung zu gleichen Anstrengungen zu animieren."

Dringliche überparteiliche Interpellation der SVP- und FDP-Fraktion mit dem Titel "Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeuges"

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|-----------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 11 | Beschlussnummer 2021/24-118 | Geschäftsnummer 36083 | Archivnummer 33/10 |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|-----------------------|

"Die Fraktion SVP und Fraktion FDP beauftragt den Gemeinderat, Informationen über die Neubeschaffung eines Kommunalfahrzeugs bereit zu stellen: Wir erwarten Antworten auf folgende Fragen:

1. Ist der Angefragte LKW als Ersatz für den im Finanzplan zum Ersatz aufgeführten Meili gedacht? Wenn ja:
2. Welche Arbeiten sollen mit den auf SIMAP im Pflichtenheft ausgeschriebenen Zusatzgeräten am Kommunalfahrzeug ausgeführt werden, welche bis anhin nicht ausgeführt wurden?
3. Mit welcher Intensität der vorgesehenen Arbeiten ist zu rechnen, welche die Investition in ein derartiges Spezialfahrzeug rechtfertigen?
4. Wurde eine Vergleichsrechnung erstellt in der ein Kostenverhältnis über einen Zeitrahmen von vielleicht zehn Jahren (Nutzungsdauer Kommunalfahrzeug) ersichtlich ist, wenn anstelle der Fahrzeugbeschaffung die vorgesehenen Arbeiten an ein ortsansässiges Unternehmen vergeben würden?
5. Mit welchen Folgekosten (Beschaffung diverser Brücken, Winterdienst-Ausrüstung, Kran, etc.) rechnet die Gemeinde Worb bei der Beschaffung dieses Spezialfahrzeugs?

Begründung: SIMAP ist ein Informationssystem über das öffentliche Beschaffungswesen. Dort wurde am 08.06.2022 eine Ausschreibung von der Gemeinde Worb veröffentlicht. Die Gemeinde Worb schreibt zur Offertstellung ein Kommunalfahrzeug aus, welches in Grösse und Ausführung neue Dimensionen markiert. Es wird ein Kommunalfahrzeug in LKW-Grösse angefragt, welches mit 4x4 Antrieb und 4x4 Lenkung, sowie der alten LKW Breite 2.3m ein ultimatives Einzelstück darstellt. Mit dieser Konfiguration (gemäss Pflichtenheft) wird der Markt von potentiellen Anbietern übermässig eingeschränkt. Eine marktübliche Ausschreibung wird dadurch komplett verhindert. Zusätzlich muss das Fahrzeug ein Hakengerät für Wechselmulden und einen (zwangsläufig) demontierbaren Heckkran haben. Ebenfalls zu berücksichtigen ist hierbei, dass neue Winterdienstgeräte und diverse neue Brücken beschafft werden müssen. Andernfalls ist das entsprechende Fahrzeug nichteinsatzfähig. Als weitere (unumgängliche) Zusatzaufwendungen sind die Folgekosten (Ausbildung Fahrpersonal / Schulung Fahrpersonal [CZV Kurse, etc.]) zu berücksichtigen. Zur Bedienung dieses Fahrzeugs (gemäss Pflichtenheft) wird ein Ausweis der Kategorie C zwingend vorausgesetzt. Gemäss Experten wird ein Fahrzeug in dieser Spezialausführung auf +- 500'000.- CHF Anschaffungskosten geschätzt. Da in der Ausschreibung der Vertragsabschluss für November 2022 vorgesehen ist, müssen wir unsere Interpellation als dringlich erklären."

Dringliche Interpellation der FDP-Fraktion mit dem Titel "Energienmangellage: Was unternimmt der Gemeinderat?"

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 12 | Beschlussnummer 2021/24-119 | Geschäftsnummer 36084 | Archivnummer 37/1 |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|

"Der Gemeinderat wird aufgefordert, die eingeleiteten und geplanten Massnahmen der Gemeinde im Zusammenhang mit der potenziell bevorstehenden Energienmangellage zu erläutern. Erläuterung / Begründung: Angesichts der sich mit grosser Wahrscheinlichkeit abzeichnenden Energienmangellage im bevorstehenden Winterhalbjahr sind alle Verbraucher (Privatpersonen, Unternehmen und Verwaltungen) aufgefordert, Massnahmen zu ergreifen, um keine unnötige Energie zu verschwenden. Der Bundesrat hat dazu die Kampagne «Energie ist knapp. Verschwenden wir sie nicht.» lanciert und einen 4-stufigen Massnahmenplan vorgestellt. Begründung der Dringlichkeit: Mit einer Mangellage ist offenbar bereits in den Wintermonaten zu rechnen. Die FDP erwartet vom Gemeinderat vorher Antworten auf die nachfolgenden Fragen. Fragen an den Gemeinderat:

- Welche Massnahmen hat die Gemeinde Worb (z.B. Verwaltung, Gemeindebetriebe, Schul- und öffentliche Anlagen, Strassenbeleuchtung, Kommunikation mit der Bevölkerung etc.) bereits eingeleitet, welche weiteren Massnahmen sind geplant? (Stufe 1 Massnahmenplan)
- Welche Geräte und Anlagen der Gemeinde Worb könnten von einer allfälligen Einschränkung gemäss Stufe 2 Massnahmenplan betroffen sein?
- Welche Betriebe, Unternehmungen, Bauprojekte etc. im Gemeindegebiet sind potenziell von einer Kontingentierung (OSTRAL) betroffen? Steht der Gemeinderat mit diesen Unternehmungen im Austausch? (Stufe 3 Massnahmenplan)
- Welche Auswirkung hätten allfällige Netzabschaltungen (Stufe 4 Massnahmenplan) insbesondere auf die Verwaltung, die Gemeindebetriebe, die Schulen, die Feuerwehr etc.? Bestehen diesbezüglich Notfallkonzepte?
- Versorgungssicherheit: Welche vorsorglichen Abklärungen oder Massnahmen hat der Gemeinderat bezüglich der Grundversorgung in der Gemeinde (Lebensmittel, Medikamente, Wasser, Abwasser, Elektrizität, Gas, Fernwärme, Kommunikation etc.) getroffen?
- Öffentliche Sicherheit: Über welche Konzepte verfügt der Gemeinderat zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Falle einer Energienmangellage (z.B. längerfristiger Stromausfall)? Wie wird insbesondere die Kommunikation zwischen der Bevölkerung, der Gemeindeverwaltung und den Notfalldiensten sichergestellt?
- Bern, Vechigen, Biglen, Rubigen, Münsingen etc. haben ihre Notfalltreffpunkte längst bekanntgegeben. Wann wird der Worber Notfalltreffpunkt der Bevölkerung kommuniziert und weshalb ist dieser unter <https://www.notfalltreffpunkt.ch/> noch nicht publiziert? Sind diesbezüglich die allfälligen Akteure definiert, ausgebildet und mit Konzepten und Kommunikationsmitteln ausgerüstet?
- Besonders vulnerable Personen: Hat der Gemeinderat allfällige Szenarien für den Schutz besonders vulnerabler Personen (z.B. Säuglinge und Kleinkinder, Menschen mit Einschränkungen, sozial benachteiligte, kranke und ältere Menschen) erarbeitet, welche bei einem allfälligen Ausfall der Energieversorgung zum Tragen kommen? Welche?
- Reserven: Über welche vorsorglichen Reserven (z.B. Lebensmittel, Trink- und Löschwasser, Treibstoff für Gemeinde- und Feuerwehrfahrzeuge, Notbeleuchtungen, Generatoren, Notunterkünfte etc.) verfügt die Gemeinde Worb im Notfall?
- Hat der Gemeinderat weiteren Massnahmen, Szenarien und Vorsorgeplanungen eingeleitet und vorbereitet?"

Motion der FDP-Fraktion mit dem Titel "Standortmarketing endlich ernst nehmen!"

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|-----------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 13 | Beschlussnummer 2021/24-120 | Geschäftsnummer 36085 | Archivnummer 31/62 |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|-----------------------|

"Der Gemeinderat wird aufgefordert, dem Grossen Gemeinderat Massnahmen für ein aktives Standortmarketing zu unterbreiten, zum Beispiel:

- durch Etablieren einer institutionalisierten Plattform zwischen Wirtschaftsvertretern und der Politik.

- durch Einführung einer formalisierten Standort- und Wirtschaftskommission, bestehend aus Vertretern von Wirtschaft, Bevölkerung und Politik.
- durch Erarbeitung einer Standort- und Wirtschaftsstrategie, die Worb als lebenswerte Gemeinde, aber auch als zukunftsorientierten Wirtschaftsstandort positioniert, unter Vorlage zur Genehmigung an den Grossen Gemeinderat.
- durch die aktive Vermarktung freier Industrie- und Gewerbeflächen an interessierte Unternehmen.
- durch Schaffung eines Wirtschaftsdepartements, das sich umfassend um die Anliegen und Bedürfnisse der in Worb ansässigen Unternehmen der für sie tätigen Menschen kümmert.

Begründung: Seit einiger Zeit gibt es in Worb keine Ortsmarketingkommission mehr. Seither fristen Wirtschaftsangelegenheiten im Allgemeinen und das Standortmarketing im Speziellen ein Schattendasein in unserer Gemeinde. Wiederholt hat das Parlament den Gemeinderat bereits dazu aufgefordert, in Fragen des Standortmarketings endlich aktiver zu werden. Zuletzt behandelte der Gemeinderat die Interpellation Hodler/Marthaler zu diesem Thema. Die Antworten des Gemeinderats auf die dort gestellten Fragen irritieren. Trotz "Lädelisterten", seit Jahren stagnierenden Steuererträgen bei den Unternehmen und klar ausgewiesenem politischen Willen aus allen Lagern des Parlaments sieht der Gemeinderat offensichtlich schlicht keinen Handlungsbedarf beim Standortmarketing. Die Motionäre teilen diese passive Haltung des Gemeinderats entschieden nicht! Sie stehen ein für eine lebendige Gemeinde Worb. Für eine Gemeinde, in der vielseitiges und farbiges Leben, Wirtschaften und Arbeiten möglich ist. Für eine Gemeinde, in der Anliegen von Gewerbe und Unternehmertum nicht nur ernst genommen, sondern aktiv antizipiert werden. Für eine Gemeinde, die ihre Zukunft gestaltet und nicht passiv abwartet. Die Motionäre fordern vom Gemeinderat daher, die eingangs erwähnten Massnahmen zu prüfen und diese dann dem Grossen Gemeinderat zum Beschluss zu unterbreiten."

Überparteiliches Postulat der SP+Grüne- und Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Solaranlagen auf öffentlichen Parkplätzen"

| Sitzung | Datum | Traktandum | Beschlussnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|---------|------------|------------|-----------------|-----------------|--------------|
| Nr. 412 | 12.09.2022 | 14 | 2021/24-121 | 36086 | 37/1 |

"Der Bedarf an nachhaltig erzeugtem Strom ist gross. Photovoltaik-Anlagen brauchen Platz, und Raum ist in der Schweiz ein rares Gut. Neben Dächern müssen auch andere bebaute Flächen für die Stromproduktion genutzt werden. Flächen, die zum Abstellen unbenutzter Fahrzeuge dienen, sind bisher wenig produktiv. Überdeckte Parkplätze können ein Teil der Lösung sein. Der produzierte Strom kann durch Verbraucher in der Nähe genutzt werden. Ausserdem schützt ein Dach vor Hitze und Niederschlägen. Anlagen auf Parkplätzen dürften besser akzeptiert werden und weniger Einsprachen provozieren als Anlagen auf freien Flächen. Die Wirtschaftlichkeit ist gegeben, wenn eine grössere Anlage gebaut werden kann und wenn ein Teil des Stroms direkt vor Ort verwendet wird. Die Dächer lassen sich so konzipieren, dass auch andere Nutzungen auf dem Parkplatz (etwa für die WOXPO) möglich bleiben. Spätestens 2050 soll die Schweiz klimaneutral werden. Mehr Schub für Solarstrom in Worb kann auch heissen, dass Parkplätze in Zukunft Parkplätze mit Solardach sind. Der Gemeinderat erhält folgende Aufträge:

1. Dem Grossen Gemeinderat ist ein Projekt zur Gewinnung von Solarstrom auf den öffentlichen Parkplätzen vorzulegen.
2. Das Projekt bezieht sich auf öffentliche Parkplätze für mindestens 10 Fahrzeuge (namentlich Hofmatt, Worboden, Wislenboden, Niederhaus).
3. Es sind Varianten der Finanzierung und der Zusammenarbeit mit Privaten aufzuzeigen."

Überparteiliches Postulat der SP+Grüne- und Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Solaranlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden"

| Sitzung | Datum | Traktandum | Beschlussnummer | Geschäftsnummer | Archivnummer |
|---------|------------|------------|-----------------|-----------------|--------------|
| Nr. 412 | 12.09.2022 | 15 | 2021/24-122 | 36087 | 37/1 |

"Damit Worb seinen Beitrag zur Bewältigung der Klimakrise leisten kann, ist es unter anderem notwendig, auf Dächern, an Fassaden und anderen Oberflächen von Gebäuden möglichst viele Photovoltaik-Anlagen für

die Produktion von erneuerbarem Strom zu installieren. Die Erstellung von Solaranlagen ist nicht nur ökologisch sinnvoll auch unter Berücksichtigung des «return on investment» wirtschaftlich interessant. Eine PV-Anlagesorgt auf weit über 25 Jahre hinaus für reduzierte Energiekosten. Berechnungen zeigen, dass Solaranlagen mittlerweile problemlos eigenwirtschaftlich erstellt werden können. Die Gemeinde Worb besitzt einige Gebäude mit freien Dachflächen, wie z.B. Schulhäuser, Gemeindehaus, Werkhof oder Wislepark, etc. Die Gemeinde Worb könnte PV-Anlagen selbst bauen und bewirtschaften oder aber die Flächen zur Verfügung stellen (z.B. Contracting oder Bürgerinitiativen). Wir bitten den Gemeinderat zu prüfen

- Auf welchen gemeindeeigenen Gebäuden bzw. Dachflächen es grundsätzlich zurzeit möglich wäre, eine PV-Anlage zu installieren?
- Ob die Gemeinde bereit ist, vermehrt PV-Anlagen zu installieren.
- Ob die Gemeinde, falls sie auf gemeindeeigenen Dächern nicht selber eine PV-Anlage bauen möchte, bereit ist, z.B. Contracting-Verträge einzugehen oder die Dächer an Contractors, Private oder Bürgerinitiativen zu vermieten.
- Bei zukünftigen Projekten immer eine PV-Anlage mit einzuplanen."

Interpellation der Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Die Gemeinde Worb und die Stromkrise"

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 16 | Beschlussnummer 2021/24-123 | Geschäftsnummer 36088 | Archivnummer 37/1 |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|----------------------|

"Im Winter 2022/2023 droht uns eine Stromkrise mit unabsehbaren Folgen. Der Bundesrat ruft uns zum Stromsparen auf, und ermahnt die Verantwortlichen aller Stufen, Vorkehrungen für einen Stromausfall zu treffen. Verschiedentlich sind nun die öffentliche Hand und private Firmen daran, Notfallpläne zu erstellen. Wir bitten den Gemeinderat, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie gedenkt der Gemeinderat, den Strombedarf in der Gemeinde ab sofort zu senken, so in den gemeindeeigenen oder gemieteten Liegenschaften (z.B. Schulen, Werkhof, Bärenzentrum), Strassenbeleuchtung, Weihnachtsbeleuchtung, Verbot von Leuchtreklamen etc.?
2. Hat der Gemeinderat bereits einen Notfallplan, um bei Stromüberbrüchen die öffentlichen Dienstleistungen sicherzustellen? Wir denken da an Notfalldienste, Gemeindeverwaltung, Schulbetrieb, Werkhof usw.?
3. Wie gedenkt der Gemeinderat eine solche Notfall-Situation zu bewältigen? Innerhalb der normalen Verwaltungsstrukturen? Krisenstab?"

Einfache Anfrage der Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Gebührenfinanzierte Demokratie?"

| | | | | | |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|-----------------------|
| Sitzung Nr. 412 | Datum 12.09.2022 | Traktandum 17 | Beschlussnummer 2021/24-124 | Geschäftsnummer 36089 | Archivnummer 13/17 |
|--------------------|---------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------|-----------------------|

"Anlässlich der Grossratswahlen 2022 hat sich herausgestellt, dass im Wahlkreis Bern Mittelland-Nord alle Gemeinden mit Ausnahme von Worb (und Zollikofen) den Parteien bzw. den Kandidaten die Plakatwände gratis zur Verfügung stellen. Die Schweiz ist ja eines der wenigen demokratischen Länder der Welt, das die für das Funktionieren der Demokratie so wichtige Parteiarbeit finanziell nicht unterstützt. Dass aber die (fast durchwegs finanziell schwachen) Parteien für ihre meist im Milizsystem geleistete Arbeit im Interesse der Demokratie der öffentlichen Hand noch einen Obolus entrichten müssen, geht dann doch zu weit. Fragen:

- Wieso erhebt die Gemeinde Worb als eine der wenigen Gemeinden Gebühren für die Plakatierung?
- Könnte sich der Gemeinderat vorstellen, künftig auf Gebühren zu verzichten und die Demokratie-Arbeit der Parteien zu unterstützen, wie er das bereits mit dem für die Parteien unentgeltlichen Versand der Wahlunterlagen tut?"

Michael Suter
Präsident

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 17. Oktober 2022

Jürg Bigler
Sekretär